

DAS THEMA

Die Generationen zusammen denken

Die kommunalpolitische Seniorenkonferenz der Fraktion DIE LINKE am 8. April im Thüringer Landtag widmete sich der Frage, wie sich Kommunen auf eine älter werdende Einwohnerschaft einstellen können und wie Menschen ihren lebenslangen Wohnort auch in ländlichen Räumen beibehalten können, ohne von ärztlicher Versorgung, kultureller und sozialer Infrastruktur abgeschnitten zu werden. Da diese Fragen für zahlreiche Regionen in Thüringen von entscheidender Bedeutung sind, folgten der Einladung zur Konferenz über 100 Interessierte aus vielen Thüringer Kreisen, aber auch aus zehn weiteren Bundesländern.

Neben Teilnehmern aus allen anderen östlichen Bundesländern, waren auch Seniorinnen und Senioren aus Nordrhein-Westfalen und dem Saarland, Hamburg, Bremen und Hessen vertreten. Darunter zahlreiche Mitglieder von Seniorenbeiräten und -arbeitsgruppen, Seniorenverbänden und -organisationen sowie Gewerkschaften. Den Auftakt zur Veranstaltung machte Sandra Schöneich, Sozialdezernentin der Stadt Gera, mit ihrem Fachvortrag „Heutige Anforderungen an eine bedarfsgerechte kommunale Seniorenarbeit – zukünftiger Umgang mit der Generation Gold“.

Kommunalpolitische Seniorenkonferenz der Linksfraktion mit großer Resonanz

mit einer fachübergreifenden Strategie für die langfristige Entwicklung der Gesamtstadt bis zum Jahr 2030 auf den Weg gebracht. Es reiche nicht, wenn das Sozialdezernat Barrierefreiheit verfolge, dies müsste z.B. auch im Baudezernat für die Bereiche Bauvorhaben, Stadtentwicklung und Verkehr mitgedacht werden.

Das Ziel einer sozial gerechten Stadt mit Bürgersinn sei vor allem im gemeinsamen Handeln und Interessenausgleich unterschiedlicher Generationen sowie dem konkreten Bedarf im jeweiligen Wohnumfeld zu erreichen. Hierzu müsse die Seniorenmitbestimmung ausgebaut werden, stellte Dorothea Reuß, Seniorenbeauftragte der Stadt Erfurt fest.

Kritik am unverbindlichen Seniorenmitwirkungsgesetz

Das vor gut einem Jahr verabschiedete Seniorenmitwirkungsgesetz zeichne sich v.a. durch Unverbindlichkeit und fehlende hauptamtliche Strukturen aus. Die Wahl von Seniorenbeauftragten und -beiräten sei freiwillig, weshalb zahlreiche Kommunen und



wie der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum zu. Auch hier müssen die Generationen zusammen gedacht und Lösungen gefunden werden, die für Jung wie Alt funktionieren. Wer als Gebährende dringend einen Arzt braucht, ein fieberndes Kind hat oder an einer altersbedingten Erkrankung leidet, kann nicht fünfzig Kilometer bis zur nächsten Fachärztin fahren. Hier prä-

nen damit die Möglichkeit gegeben, sich auf die ärztliche Tätigkeit zu konzentrieren und die Verwaltungsarbeiten ausgliedern. Angedacht sind hier auch Fachräume, in denen Ärzte aus größeren Kreisstädten oder Krankenhäusern an einzelnen Wochentagen Sprechstunden anbieten können. Im Sozialzentrum könnte ein Pflegedienst integriert sein, oder ein dort angestell-



Als wichtigen Anlaufpunkt strich sie die Ehrenamtszentrale mit dem Seniorbüro heraus. Sie diene als Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen und hier sei die Beratungsstelle für Seniorenarbeit und Pflege im Aufbau. Ebenfalls im Ehrenamt werde das Projekt „Netzwerk Pflegebegleiter“ durchgeführt, mit dem pflegende Angehörige unterstützt würden.

Gera mit integrierter, fächerübergreifender Stadtplanung

Vor besonderen Herausforderungen stünden die Kommunen nicht allein wegen der längeren Lebenszeit der Menschen, sondern auch aufgrund der Zunahme von Single-Haushalten im Alter und sowie der wachsenden Altersarmut. Da Vereinzelung und Armut aber keine Phänomene sind, die sich auf die ältere Generation beschränken, hat Gera eine integrierte Stadtplanung

„Wie bringen wir uns ein in das gesellschaftliche Leben?“ Mit dieser Frage eröffnete Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, die „Kommunalpolitische Seniorenkonferenz“ der Fraktion am 8. April in Erfurt. Der Einladung der Linksfraktion in den Landtag waren zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefolgt.

Die LINKE mache den Vorschlag eines „echten Mitbestimmungsrechts“, betonte Bodo Ramelow. Sie lade die Menschen ein, das soziale Miteinander in den Städten und Gemeinden zu bestimmen. Dabei warb er dafür, keine isolierte Betrachtung anzustellen, sondern gemeinsam Vorstellungen, Strategien und eine Perspektive für das künftige Zusammenleben zu entwickeln.

Kreise bislang auch keine Vertreter gewählt hätten. Auch sei keine Landesunterstützung für Seniorbüros vorgesehen. DIE LINKE hatte schon vor Jahren einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem durch verbindliche Vorgaben und finanzielle Unterstützung eine wirkliche Mitbestimmung möglich gewesen wäre.

Ernsthafte strukturelle Probleme kommen auf Thüringen aber auch im Bereich der sozialen Infrastruktur so-

sentierte Jörg Kubitzki, gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion, das von ihm und Cordula Eger (Mitarbeiterin für Gesundheit) entwickelte Konzept der Landambulatorien. Diese sollen kleinräumlich an Sozialzentren angegliedert werden und Ärztinnen und Ärzten durch ein Angestelltenverhältnis den Berufseinstieg erleichtern.

Anstatt Unsummen für die Übernahme oder Neueröffnung einer eigenen Praxis aufbringen zu müssen, werde ih-



ter Koordinator ist neben anderen Vernetzungs- und Beratungsaufgaben auch dafür zuständig, Hilfen für Familien mit zu pflegenden Angehörigen zu vermitteln.

Im generationenübergreifenden Ansatz die Aufgaben bewältigen

In der Veranstaltung wurde auch durch die Diskussionsbeiträge klar, dass Gesellschaft und Politik vor großen Aufgaben stehen, die gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern in einem integrierten, generationenübergreifenden Ansatz zu bewältigen sind.

Dann, wenn Inklusion, Familienfreundlichkeit, Barrierefreiheit und die Sicherung sozialer Strukturen gemeinsam gedacht werden, existieren Chancen auf ihre Verwirklichung.

Gabi Ohler